

Landtagsparteien Mecklenburg-Vorpommerns fordern von der Landesregierung Klarheit zur Deponie Ihlenberg zu schaffen

europaticker: [Landtagsparteien Mecklenburg-Vorpommerns fordern von der Landesregierung Klarheit zur Deponie Ihlenberg zu schaffen](#)

Was bringt der Mülltourismus zum Ihlenberg?

Die Landesregierung hat Donnerstag (29.11.2018) die ersten Ergebnisse des Gutachters zu den Messwerten auf der Deponie Ihlenberg vorgestellt. Demnach sind keine Gefährdungen für Umwelt und Gesundheit festgestellt worden, die vorgeschriebenen Verfahren werden eingehalten und die Betriebsabläufe funktionieren. Allerdings gibt es Verbesserungsbedarf beim Kontrollmanagement. Als Ergebnis des Gutachtens unterzeichneten Wirtschaftsminister Harry Glawe, Umweltminister Till Backhaus, Finanzminister Mathias Brodkorb, der Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Thomas Sönnichsen, die beiden Geschäftsführer der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft (IAG), Norbert Jacobsen und Beate Iblß, die Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg Kerstin Weiß sowie der ehemalige Abteilungsleiter und Compliance-Beauftragte der IAG Stefan Schwesig die „Ihlenberger Erklärung“:



Die Deponie Ihlenberg, nach der früheren Bezeichnung VEB Deponie Schönberg heute noch oft Deponie Schönberg genannt, ist eine 1979 im Bezirk Rostock gegründete Abfallentsorgungsanlage für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle in Mecklenburg-Vorpommern. Sie gehört zum angrenzenden Selmsdorf. Die Deponie befindet sich im westlichen Mecklenburg-Vorpommern in der Nähe von Selmsdorf und Schönberg innerhalb des ehemaligen Sperrgebietes der innerdeutschen Grenze. Zwischen den beiden Ortslagen befindet sich die natürliche Anhöhe Ihlenberg (60 m und 82 m über NN), die sich über mehrere Kilometer ausdehnt. Diese gab nach 1991 der Deponie ihren neuen Namen. Auf der Südhälfte dieser Anhöhe wurde die Deponie als Hangdeponie bzw. Haldendeponie errichtet. Die Entfernung zum Zentrum der nächstgelegenen Großstadt Lübeck beträgt etwa 14 km, die nächste Wohnbebauung ist nur 200 Meter entfernt.

Im Januar 1979 beschloss das Politbüro der DDR, dass im Bezirk Rostock unweit des Grenzgebietes eine Mülldeponie zu errichten sei. Diese Order wurde vom Rat des Bezirkes Rostock ebenfalls per Beschluss im März 1979 weiter an den Kreis Grevesmühlen delegiert. Den Kreistagsabgeordneten in Grevesmühlen wurde lediglich mitgeteilt, dass am Standort Ihlenberg eine Deponie für Bauschutt, Schlacke, Flugasche o. ä. eingerichtet werden soll. Von Sonderabfallstoffen war damals nicht die Rede.

Gutachten zur Deponie Ihlenberg vorgestellt

„Die Unterzeichner geben übereinstimmend folgende Erklärung ab: Die Ergebnisse des Gutachtens „Deponie Ihlenberg: Prüfung von Entsorgungsvorgängen und des betrieblichen Kontrollsystems im Rahmen der Abfallannahme“ der Rechtsanwälte GGSC vom 28. November 2018 werden zur Kenntnis genommen und die in III. 4 gegebenen Empfehlungen für das zukünftige Handeln der IAG von allen Beteiligten akzeptiert.

1. Auf der Deponie Ihlenberg herrscht grundsätzlich ein geordneter Deponiebetrieb. Die vorgeschriebenen Verfahren werden eingehalten und die Betriebsabläufe funktionieren. Im Rahmen der Begutachtung wurden keine Anhaltspunkte für Gefährdungen von Umwelt und Gesundheit durch die Gutachter festgestellt.
2. In einzelnen Fällen, in denen es wiederholt zur Überschreitung von Zuordnungskriterien gekommen ist, wurden nach Ansicht der Gutachter im Verlauf dieser Entsorgungsvorgänge nicht rasch und nachdrücklich genug geeignete Maßnahmen eingeleitet, um künftige Überschreitungen und rechtliche Risiken zu vermeiden. Der Gutachter sieht bei kritischen Entsorgungsvorgängen Verbesserungsbedarf im Kontrollmanagement.

Die Unterzeichner ziehen aus den von den Gutachtern getroffenen Feststellungen folgende Schlussfolgerungen:

Die Beschlüsse der Landesregierung vom 20. November 2018 sind zeitnah umzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Überprüfung der Notwendigkeit bestehender und künftiger ausländischer Verträge.

1. Das Risikomanagement und das betriebliche Dokumentationssystem sind weiter zu verbessern, auch um künftig etwaige rechtliche Risiken auszuschließen. Die Geschäftsführung der IAG ist daher aufgefordert, unter Auswertung der Ergebnisse der Gutachter dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter zeitnah Vorschläge für ein optimiertes Risikomanagement- und Dokumentationssystem zu unterbreiten und nach Beschlussfassung zu implementieren. Hierbei sind durch die Landesregierung auch die fachaufsichtlichen Genehmigungsprozesse zu überprüfen und ggf. zu optimieren.
2. Die Geschäftsführung wird gebeten, die Landesregierung bei der Erarbeitung eines an den Interessen des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten Zukunftskonzeptes zu unterstützen und hierzu mit dem Sonderbeauftragten vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Die Geschäftsführung ergreift in Abstimmung mit dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat geeignete Maßnahmen, um die Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren.“

Die Geschäftsführung ergreift in Abstimmung mit dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat geeignete Maßnahmen, um die Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren.“

Dem am Donnerstag vorgestellten Gutachten zufolge ist es auf der Deponie nicht zu Verstößen gekommen, die Umwelt oder Gesundheit gefährden. Es habe Überschreitungen bei Kriterien der Abfallannahme gegeben, diese seien aber in der Gesamtschau nicht bedenklich, heißt es in dem Papier.

Die GRÜNE Landesvorsitzende **Claudia Schulz** dazu in einer Presseaussendung: „Die derzeitige Auseinandersetzung zur Deponie offenbart immer mehr ungeklärte Fragen – Probleme, die teils schon vor Jahrzehnten aufgeworfen wurden, zu denen die Landesregierung aber bis heute Antworten und Lösungen schuldig ist.

Die GRÜNEN fordern, dass die Landesregierung jetzt aktiv, transparent und umfassend für Aufklärung und Klarheit sorgt! Jetzt, nicht erst 2019! Wir haben schon 2011 gefordert, die Deponie bis 2016 zu schließen – die Landesregierung hat sich immer nur weggeduckt und gibt auch aktuell wieder keine konkreten Antworten. Erst 2019 will das Land ein Konzept vorlegen – und bis dieses dann umgesetzt wird, werden auch wieder Jahre vergehen. Das sieht nicht nach Lösung aus, sondern wieder nur nach einem Aussitzen. Der Schlusstrich hätte schon längst gezogen und sogar umgesetzt sein müssen.

Sind der Betrieb der Deponie Ihlenberg, und damit der Bestandsschutz aus DDR-Zeiten und die Erweiterung der Deponie überhaupt rechtens?

Welche Gesetzesverstöße oder Überschreitungen von vertraglichen Vereinbarungen zu den Sondermüllanlieferungen aus Italien gab es? Welche Ergebnisse zeigen die jetzt angeordneten Kontrollen für alle Müllanlieferungen? Wird das Vorsorgeprinzip nicht ausgehebelt, wenn Genehmigungen im Nachhinein erteilt werden und stärker belasteter Müll dann bereits abgelagert ist? Ist die derzeitige Gesetzeslage überhaupt geeignet, um Mitarbeiter, Anwohner und Umwelt der Deponie umfassend zu schützen und Mülltourismus einzudämmen? Wann genau wird die Deponie geschlossen? Warum hat die Landesregierung nicht längst einen klaren Ausstiegsplan vorgelegt?

Mit der Deponie wurden in der Vergangenheit riesige Gewinne gemacht, doch wer zahlt am Ende für mögliche Gesundheits- und Umweltschäden? Wann werden AnwohnerInnen und betroffene Gemeinden bei den Entscheidungen zur Deponie endlich angemessen beteiligt? Ein einziges Anwohnergespräch im Dezember ist angesichts der Dimensionen nicht nur unangemessen, sondern lächerlich.“

Auch für die Abgeordneten der anderen Parteien sind noch eine Reihe Fragen offen. Der SPD-Politiker Jochen Schulte will zum Beispiel wissen:

Was bringt der Mülltourismus zum Ihlenberg?

Im Anschluss an der Vorstellung des Gutachtens erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Jochen Schulte: „Jetzt steht fest, dass der ehemalige Compliance-Beauftragte Stefan Schwesig mit seinem internen Prüfbericht über die Vorgänge auf der Deponie Ihlenberg überhaupt erst den notwendigen Anstoß gegeben hat, damit festgestellt werden kann, dass hier etwas nicht stimmt. Das sehen auch die Gutachter von GGSC so. Ausdrücklich wird festgehalten, dass die IAG in mehreren Entsorgungsfällen ein erhebliches Risiko eingegangen ist, gegen abfallrechtliche Betreibervorschriften zu verstoßen. Vorsichtsmaßnahmen wurden nicht hinreichend rasch genug ergriffen und nicht konsequent genug verfolgt. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat müssen nun ihren Ankündigungen, das Risikomanagement zu überarbeiten und zu verbessern, Taten folgen lassen. Die eigentliche Frage, die vorrangig durch Stefan Schwesig aufgeworfen wurde, bleibt jedoch weiter unbeantwortet: Ist es betriebswirtschaftlich sinnvoll, Sondermüll aus Italien auf der Deponie Ihlenberg zu entsorgen? Für weit weniger gefährliche Abfälle erhält man als Deponiebetreiber in Norddeutschland zwischen 140 und 160 Euro pro Tonne. Wie viel mehr hat das Geschäft mit Italien wirklich eingebracht?“

Und die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke: „Auch wenn erste Ergebnisse zu den Vorgängen auf dem Ihlenberg vorliegen, bleiben viele Fragen offen. Eine tiefgründige parlamentarische Aufklärung und Aufarbeitung ist nach wie vor zwingend erforderlich. Wir werden kommende Woche im Wirtschaftsausschuss einen entsprechenden Beschluss fassen, wer zu welchen Sachverhalten gehört werden soll. Angesichts der rechtlichen, politischen und gesundheitlichen Brisanz der erhobenen Vorwürfe ist eine lückenlose Aufklärung unerlässlich.“

Die Linke forderte auch, neben Vertretern von Geschäftsführung und Aufsichtsrat auch den ehemaligen Innenrevisor Stefan Schwesig im Ausschuss anzuhören. Dessen interner Bericht war an die Öffentlichkeit gelangt und hatte die aktuelle Diskussion ausgelöst. Der Ehemann von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hatte von massiven Grenzwert-Überschreitungen berichtet.

[Gutachten IAG \(PDF, 7.17 MB\)](#)

erschieden am: 2018-12-01 im europaticker